

Statement des Ministers zur konstituierenden Sitzung des Nachhaltigkeitsbeirates

Ich freue mich, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und damit persönliches Interesse am künftigen Nachhaltigkeitsbeirat Brandenburgs bekunden.

Ein großes Dankeschön gilt schon an dieser Stelle unserem heutigen Gastgeber, Herrn Dr. Stock vom PotsdamInstitut für Klimafolgenforschung, der uns auch bei der Vorbereitung der Tagung an diesem traditionsreichen Ort der Wissenschaften kräftig unterstützt hat.

Einige Kollegen mussten sich leider für die erste Sitzung entschuldigen, werden aber künftig unseren Kreis verstärken:

Frau Prof. Dr. Brigitte Nixdorf, BTU Cottbus, die leider erkrankt ist, Herr Prof. Dr. Gerhard de Haan, der Umweltbildungsexperte von der FU Berlin, und Herr Prof. Dr. Udo Becker, TU Dresden, der Verkehrsökologe.

Wir werden also künftig auch das know-how nutzen können, dass sich mit diesem Personenkreis verbindet.

Leider kann Prof. Dr. Konrad Ott aus Greifswald, den Sie noch in der ausgereichten Teilnehmerliste finden, aus nachvollziehbaren Gründen nicht an der Beiratsarbeit teilnehmen.

Das ist schade, weil ich mir seine umweltethischen Ansätze als wertvolle Bereicherung der Beiratsarbeit vorgestellt hatte.

Ich denke mir aber, wir sollten jetzt mit der gemeinsamen Arbeit beginnen, und wenn sich herausstellt, dass wir diese oder jene fachliche Verstärkung vertragen könnten, dann sollten wir gemeinsam geeignete Personen für eine Mitarbeit gewinnen.

Was soll das aber für eine Arbeit sein?
Wie wollen wir sie organisieren?

An dieser Stelle – im Wissenschaftspark auf dem Potsdamer Telegrafenberg – hieße es Eulen nach Athen tragen, wenn wir angesichts des unübersehbaren Wandels von Klima, Wasserhaushalt, Landschafts- und Naturausstattung, aber auch der ökonomischen und sozialen Bedingungen auch oder gerade hier in Brandenburg jetzt anfangen wollten, über Sinn und Notwendigkeit von Nachhaltigkeitspolitik und –strategie zu philosophieren.

Der Wandel in den äußeren Lebensbedingungen drängt nach Wandel in der Politik und Gesellschaftsgestaltung. Er drängt auch nach besserer Politikberatung. Deshalb bilden wir diesen Beirat.

Wir können dabei in manchem an Vorgängergremien dieses Nachhaltigkeitsbeirates in unserem Hause anknüpfen: am Beirat für Umwelt und Landnutzung, der sich zuletzt schon intensiv mit Fragen der Nachhaltigkeit in Brandenburg beschäftigte und dessen Hausleitung als Arbeitsergebnis seiner AG Nachhaltigkeit das Strategie-Thesenpapier „Zukunftsfähiges Brandenburg – Von der Vision einer nachhaltigen

Entwicklung zur Gestaltung“ vorlegte, und am Ausschuss für Immissionsschutz, der im November 2005 seine Arbeit beendete. Dass uns an den Erfahrungen dieser Beratungsgremien sehr gelegen ist, zeigt auch die Tatsache, dass Mitglieder beider früherer Gremien auch wieder für die Mitarbeit im Nachhaltigkeitsbeirat eingeladen wurden. Das betrifft namentlich auch die Vorsitzenden dieser Vorgängergremien, Pfarrer Reinhard Dalchow und Prof. Dr. Rolf Kreibich.

Fürs erste und zur Selbstbestimmung des Beirates kann es kein Fehler sein, sich grundsätzlich an der „Erneuten EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung“ vom Sommer vorigen Jahres zu orientieren. Wenngleich sie in diesem Kreise nicht unbekannt sein dürfte, gestatten Sie mir bitte ein Zitat daraus:

„Nachhaltige Entwicklung“, wird dort definiert, „bedeutet, dass den Bedürfnissen der heutigen Generation dergestalt Rechnung getragen werden sollte, dass die Fähigkeit künftiger Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, nicht gefährdet wird. ...

Der Nachhaltigkeit entgegenstehende Trends in Bezug auf Klimaänderung und Energienutzung, Gefahren für die öffentliche Gesundheit, Armut und soziale Ausgrenzung, demografischen Druck und Alterung, Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Rückgang der biologischen Vielfalt sowie Landnutzung und Verkehr setzten sich jedoch fort, und neue Herausforderungen kündigen sich an:

Die wichtigste Herausforderung besteht darin, unsere derzeitigen nicht nachhaltigen Konsum- und Produktionsmuster und den nicht integrierten Ansatz bei der Politikgestaltung schrittweise zu ändern.“

Soweit also das EU-Papier.

Was das nun konkret in Bezug auf die brandenburgischen Bedingungen heißt, hoffe ich mit Ihrer Hilfe künftig genauer zu sehen und in Angriff zu nehmen. Klar ist: wir müssen unter den Bedingungen des globalen und des spezifisch regionalen Wandels die Wertschöpfungspotentiale Brandenburgs finden und nennen, die uns für heute und morgen stabile soziale und ökonomische Entwicklung ermöglichen. Wir brauchen eine spezifische brandenburgische Nachhaltigkeitspolitik, wir brauchen eine eigene Strategie, weil wir eben in einer ganz spezifischen Weise von den Veränderungen und Entwicklungsbegrenzungen berührt werden.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, fallen mir in diesem Zusammenhang z. B. folgende Arbeitsfelder unseres Beirates ein:

- Entwicklung und Umsetzung strategischer Ziele zum Klimaschutz
- Optimierung der energiepolitischen Strategie des Energielandes Brandenburg im Hinblick auf eine nachhaltige, die Belange des Klimaschutzes einbeziehende Entwicklung
- Forcierung und Bündelung aller Maßnahmen zur Stabilisierung des Wasserhaushaltes und des Gewässerschutzes;
- standortgerechte Bewirtschaftung von Boden und Landschaft, Erzeugung gesunder Nahrungs- und Lebensmittel bei Förderung regionaler, geschlossener wirtschaftlicher und ökologischer Kreisläufe;
- Förderung einer ressourcenschonenden, klimaschützenden und klimaanangepassten Infra- und Siedlungsstruktur und nicht zuletzt

- die Sicherung der biologischen und genetischen Vielfalt der Natur als materiellem und des ästhetischen Reichtums der Landschaften als ideellem und sozialem Lebensquell sowie
- die Mobilisierung eines öffentlichen Diskurses zur Förderung nachhaltigkeitsfähiger Denk- und Handlungsmuster, Lebens- und Konsumstile, individueller und gesellschaftlicher Verantwortung für regionale und globale Entwicklungen, d. h. die Publizierung des Nachhaltigkeitszieles als den Kulturentwurf des 21. Jahrhunderts;

Die Liste ließe sich sicher fortsetzen und präzisieren, und ich bin sicher, Sie werden sie fortsetzen und präzisieren.

Mit anderen Worten: Arbeitsgegenstände und –ziele des Beirates sollen fachlich versierte Projektvorschläge, Konzepte und Strategien sein, die unter brandenburgischen Bedingungen die zentralen Herausforderungen der „Erneuten EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung“ vom Juni vorigen Jahres untersetzen.

Das alles kann für die Methode und Organisation der Arbeit bedeuten:

1. dass sich der Beirat zum einen jenen Fragen stellt, die Verwaltung und Politik als Entscheidungs- und Umsetzungskörperschaften im Interesse größerer Entscheidungssicherheit an ihn herantragen;
2. dass der Beirat zum anderen aus sich heraus, das heißt, aus der Kenntnis des aktuellen Wissens- und Erfahrungsstandes selbständig Hinweise und Vorschläge für vordringliche Aufgaben von Politik und Verwaltung formuliert bzw. auf erforderliche Handlungskorrekturen aufmerksam macht;
3. dass der Beirat auch modellhafte Projektvorschläge entwickelt.

Ich überlasse es gerne dem Beirat, über die angemessenen Formen, Regeln und Methoden seiner Arbeit Vorstellungen zu entwickeln.

Für den Anfang denke ich mir, dass wir heute mit einer ungezwungenen Gedankensammlung beginnen und einen vorläufigen Vorstand als Arbeitsgremium auch zwischen den Sitzungen finden. Bis zur nächsten Sitzung Anfang Juni sollte der Vorstand die Gedanken und Anregungen soweit sortiert haben, dass mit der Einladung Vorschläge für einen Arbeitsplan 2007, für längerfristige Aufgaben und Aufgabenschwerpunkte, Sitzungsturnus, eventuelle Arbeitsgruppen sowie einer Endfassung der Geschäftsordnung unterbreitet werden können.

Damit Sie die persönliche Entscheidung, bis zum Ende der Legislaturperiode konkrete Beiträge im Beirat leisten zu können, auf möglichst gesicherter Basis treffen können, will ich die Berufungen erst in der nächsten Sitzung vornehmen. Ich folge damit gerne dem Vorschlag einiger Mitgliedskandidaten aus unserer Runde.